

Unsere Anträge für die Landtagssitzung Mai 2017

www.linksfraktionmv.de



Aktuelle Stunde

Zusagen einhalten – Eltern bei der Kindertagesbetreuung tatsächlich entlasten

Verantw. Jacqueline Bernhardt

Regierungserklärung zu den Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen ([7/549](#))

Hintergrund: Wir brauchen endlich klare Aussagen von der Landesregierung, wie es um die kommunalen Finanzbeziehungen bestellt ist. Nahezu täglich erreichen uns neue erschreckende Meldungen – zuletzt über den offenbar jahrelangen systematischen Betrug an der kommunalen Familie. Es geht immerhin um mindestens 50 Mio. Euro pro Jahr, die den Kommunen vorenthalten worden sind. Die Kommunen warten seit Jahren auf die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes FAG, die zuletzt für Januar 2018 angekündigt war. Dieser Termin ist aus heutiger Sicht wohl wieder nicht zu halten. Die Kommunen werden hingehalten, mit Nothilfen abgespeist und damit letztlich erpresst. Sie brauchen endlich Sicherheit, Verlässlichkeit und Planbarkeit. Vor allem müssen sie endlich wieder in der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen und in Straßen, Kitas und Schulen zu investieren. Bis zum heutigen Tag redet einerseits der Finanzminister die Lage der Kommunen schön, verspricht der Innenminister andererseits eine verbesserte Finanzausstattung – und der Ministerpräsident schweigt. Eine Regierungserklärung ist überfällig.

Verantw. Jeannine Rösler

Strom muss bezahlbar bleiben! ([7/452](#))

Hintergrund: Strom muss bezahlbar bleiben und darf kein Luxusgut werden. Deshalb:

1. Stromsteuer abschaffen.
2. Alle Strom- und Gasnetze gehören in öffentliche Hand, damit die Renditeerzielung mit Netzen der Daseinsvorsorge ein Ende hat.
3. Industrierabatte müssen wieder zur Ausnahme werden und nicht zur Regel gehören.
4. Kohleausstieg beschließen und planen, damit der schmutzige Kohlestrom nicht die Netze verstopft und Erneuerbare Energien ausbremst.

5. Energieeffizienz fördern. Abwrackprämie für Stromfresser für einkommensschwache Haushalte auf den Weg bringen.

Verantw. Dr. Mignon Schwenke

Hände weg vom Arbeitszeitgesetz! ([7/544](#))

Hintergrund: Allen Versuchen, das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) aufzuweichen, muss eine Absage erteilt werden. In jüngster Zeit gibt es zunehmend Forderungen, die Arbeitszeiten weiter zu flexibilisieren. Diese kamen u.a. von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), dem Arbeitgeberverband Nordmetall und dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga). Das öffnet Willkür Tür und Tor. Köche, Kellner und alle anderen Beschäftigten beispielsweise in der Hotel- und Gaststättenbranche hätten kaum planbare Freizeit und müssten auf Abruf arbeiten. Hierfür gibt es jedoch keinen sichtbaren Bedarf. Nach dem Arbeitszeitgesetz können bereits heute Beschäftigte über mehrere Wochen bis zu 60 Stunden/Woche arbeiten. Damit können Unternehmen Auftragsspitzen abfangen.

Verantw. Helmut Holter

Anonymisiertes Bewerbungsverfahren in der Landesverwaltung erproben ([7/540](#))

Hintergrund: Die Landesregierung soll das anonymisierte Bewerbungsverfahren modellhaft erproben und den Landtag über die Ergebnisse bis Ende 2018 zu unterrichten. Auch der Landesrechnungshof wird gebeten, das anonymisierte Bewerbungsverfahren zu erproben. Die Landesregierung sowie die sie tragenden Fraktionen von SPD und CDU haben in der vorangegangenen Wahlperiode (Mai 2013) einen Vorstoß der Oppositionsfraktionen von Bündnisgrünen und meiner damaligen Landtagsfraktion mit der fadenscheinigen Begründung abgelehnt, M-V sei das Land der Glückseligkeit, hier gäbe es keine Diskriminierung und wenn diese stattdessen stattfinden, dann könnten die Betroffenen ja klagen.

Trotz einer gleichen Rechtslage haben mehrere Länder und die Antidiskriminierungsstelle des Bundes Modellversuche durchgeführt, die als erfolgreich eingeschätzt wurden. Wir wollen der Landesregierung und anderen Behörden des Landes die Chance geben, sich diesem Verfahren und damit einem diskriminierungsfreien Erstzugang bei der Stellenbesetzung nicht länger zu verweigern, um damit auch für die Wirtschaft des Landes ein Beispiel zu geben.

Verantw. Peter Ritter

Ehe für alle – Recht auf Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts (7/541)

Hintergrund: Die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ist längst überfällig. Mehrere Gesetzesinitiativen auf Bundesebene liegen vor, bislang sperrt sich jedoch noch der Koalitionspartner CDU. Alle Paare, die eine eheliche Lebensgemeinschaft eingehen und in dieser Form dauerhafte Verantwortung füreinander übernehmen möchten, sollen dies vor dem Gesetz auch tun dürfen – gleichwertig, mit allen Rechten und ohne weitere Diskriminierungen.

Verantw. Peter Ritter

Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern weiterentwickeln (7/453)

Hintergrund: Die erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine der größten Herausforderungen für M-V und selbst erklärtes Ziel der Landesregierung. Die Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten aus dem Jahr 2006 wurde im Jahr 2010 erstmals fortgeschrieben. Integration ist ein komplexer und langfristiger Prozess und kann nur gelingen, wenn sie nicht dem Zufall überlassen wird. Zuständigkeiten und Möglichkeiten müssen für alle Beteiligten klar benannt und bekannt sein. Es müssen ausreichend geeignete Hilfestrukturen vorhanden sein und Unterstützung finden. Nach fast sieben Jahren und der inzwischen erfolgten Zuwanderung in den vergangenen Jahren muss die Landesregierung vom Reaktionsmodus in den Konzeptionsmodus umschalten.

Verantw. Karen Larisch

Gerichtsstrukturreform unabhängig überprüfen (7/545)

Hintergrund: Die Gerichtsstrukturreform hat einige Millionen mehr gekostet als ursprünglich prognostiziert und auch ihre versprochenen Effizienzgewinne ist sie bisher schuldig geblieben. Im Gegenteil, in verschiedenen Tätigkeitsbereichen, wie etwa im Strafrecht oder bei Betreuungssachen, sind durch die Gerichtsstrukturreform an den Amtsgerichten Probleme aufgetreten. Diese Probleme werden sich auch nicht mit der Zeit „einschleifen“, da sie in der Tat strukturbedingt sind und durch die höheren Entfernungen auftreten. Die Probleme wurden von Mitarbeitern der Gerichte vielerorts bestätigt, sind aber schwer nachzuweisen, da die Regierung sämtliche Zahlen, die auf zu große Entfernungen hindeuten könnten, schlicht nicht erfasst oder nicht erfassen will. Es ist deshalb erforderlich alle entsprechenden Daten zu erfassen und auf deren Basis eine Überprüfung der Reform und gegebenenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Verantw. Jacqueline Bernhardt

Gewinnausschüttungen bei Krankenhäusern begrenzen (7/546)

Hintergrund: Die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung ist ein wesentliches Element der Daseinsvorsorge und des Sozialstaates. Jede und jeder muss einen räumlich zumutbaren, also wohnortnahen und finanziell vertretbaren Zugang zur medizinischen Grundversorgung in einem Krankenhaus haben. Neben anderen Faktoren trägt auch die Gewinnausschüttung an Aktionäre – auch bei Krankenhäusern, die mit Versichertenbeiträgen und öffentlichen Geldern gefördert werden – zur Kostensteigerung bei. Gleichzeitig melden die Krankenhäuser höhere Finanzbedarfe an. Aus Versichertenbeiträgen werden Aktionärgewinne! Das ist unanständig und sozial ungerecht! Gesundheit wird damit zu einer Ware und Gewinnmaximierung zu einem vermeintlich legitimen Betriebsziel für Krankenhäuser, was auch zu Fehlallokationen führt, z.B. mehr Operationen als notwendig.
Verantw. Torsten Koplín

Lehrkräftegewinnung für den ländlichen Raum stärken (7/547)

Hintergrund: Die Gewinnung junger Lehrkräfte für den ländlichen Raum in unserem Land ist ein großes Problem und muss zur Beseitigung des Lehrermangels in diesen Gebieten dringend gelöst werden. Bereits in der Ausbildung der Lehramtsstudenten müssen die finanziellen und praktischen Hürden für eine Tätigkeit der künftigen Lehrer im Rahmen ihrer praktischen Ausbildung abgebaut werden um Sie frühzeitig an eine Tätigkeit im ländlichen Raum heranzuführen.

Darauf zielt unser Antrag ab. Er beinhaltet u.a. die Lehramtsstudenten bei praktischen Ausbildungen im ländlichen Raum von den anfallenden Fahrtkosten im ÖPNV zu entlasten sowie zu prüfen, ob ggf. Boni für die künftige Arbeit im ländlichen Raum geleistet werden kann, um hier künftig Fachkräfte zu gewinnen.

Verantw. Simone Oldenburg

Tarifeinigung für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zeit- und inhaltsgleich auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger übertragen (7/548)

Hintergrund: Der Tarifabschluss sieht für die Beschäftigten der Länder u.a. eine Anhebung der Gehälter um 2,0 Prozent rückwirkend zum 1. Januar 2017 beziehungsweise um 75,- Euro Mindestbetrag als soziale Komponente vor. Ein weiterer Anhebungsschritt um 2,35 Prozent ist zum 1. Januar 2018 vereinbart. In Mecklenburg-Vorpommern hat sich in der Vergangenheit die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Tarifeinigung auf die Beamten, Richter und Versorgungsempfänger als sachgerechte Lösung bewährt. Im Rahmen des 7. Ordentlichen Landesdelegiertentages der Gewerkschaft der Polizei

Mecklenburg-Vorpommern haben sich Vertreter aller Landtagsfraktionen für die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung ausgesprochen. Öffentlichen Berichterstattungen zufolge strebt das Finanzministerium bislang keine inhaltsgleiche Übertragung an. Nach Auffassung des Landtages ist diese jedoch auch im Hinblick auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung geboten. Die Mehrbelastungen sind aufgrund der aktuellen Haushaltslage gut zu finanzieren.

Verantw. Jeannine Rösler